

Der bundesweite Aktionstag am 4. Dezember unter dem Motto „Patient in Not – diese Reform schadet allen! – zur Information über das so genannte GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz hat die Erwartungen bei weitem übertroffen. Praxis-schließungen, Protestmärsche, Kundgebungen, Podiumsdiskussionen, Pressekonferenzen und Infostände – mit bundesweit mehreren hundert Veranstaltungen und Aktionen hat ein Bündnis aus über 40 Verbänden und Organisationen des Gesundheitswesens über die drohende Verschlechterung der Patientenversorgung durch die geplante Gesundheitsreform aufgeklärt.

Innerhalb von nur drei Wochen ist eine wirkungsvolle Informationskampagne aller Gesundheitsberufe und der Krankenhäuser gelungen. Im ganzen Bundesgebiet nutzten niedergelassene Ärztinnen und Ärzte den Aktionstag, um ihre Patienten in Gesprächen und mit Handzetteln über die negativen Folgen der Reform zu informieren. Rund ein Drittel der Arztpraxen blieb geschlossen. Annähernd alle Krankenhäuser in Deutschland beteiligten sich mit Plakataktionen oder Infoständen; an etwa 300 Kliniken fanden Veranstaltungen oder Kundgebungen statt. Auch viele Apotheken blieben während des Aktionstages geschlossen. Notdienste waren – ebenso wie für die ärztliche Versorgung – in allen Ländern eingerichtet und jederzeit erreichbar.

Schwerpunkt der Aktionen war Nordrhein-Westfalen. Hier gab es einen regelrechten „Aufstand gegen Ulla Schmidt“ (*Westfälische Nachrichten*). Im Rheinland und am Niederrhein, im Ruhrgebiet, im Münsterland und in Ostwestfalen stand der 4. Dezember im Zeichen des Protests. In NRW waren rund 60 Prozent der Arztpraxen geschlossen, dennoch blieb kein Patient unversorgt. Im Rheinland gab es organisierten Notfalldienst, in Westfalen-Lippe kollegiale Vertretungen. An Kliniken wurden Krankenhauspforten symbolisch geschlossen, Patienten und

# Aufstand der Basis

*Aktionstag der Gesundheitsberufe und der Krankenhäuser zum GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz am 4. Dezember übertraf alle Erwartungen – Breite Beteiligung in den Städten und Kreisen des Schwerpunktlandes NRW*

Gesundheitsversorgung mit Wartezeiten und Versorgungsengpässen. „Qualitätseinbußen werden unvermeidlich sein“, hieß es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Initiatoren des Protesttages in NRW.

## Ministerin reagiert nervös

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sieht das ganz anders und reagierte ungehalten. „Sauer bin ich überhaupt nicht“, sagte sie dem *Deutschlandfunk*, „mich ärgert vielleicht, wenn Patienten oder kranke Menschen in Geiselhaut genommen werden für Forderungen nach mehr Geld.“ Daraufhin titelte die *Rheinische Post*: „Schmidt nennt Ärzte Erpresser.“ In der gleichen Zeitung wies der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, den Vorwurf zurück: „Mit solchen Sprüchen hat die Gesundheitsministerin ihre Glaubwürdigkeit bei den Berufsgruppen im Gesundheitswesen ruiniert wie kein Minister in den vergangenen Jahrzehnten zuvor.“ Aufgrund der Schmidt-Äußerung sagten die Vertreter der ärztlichen

„Die Messe für diese Reform ist noch nicht gelesen.“ – Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, bei der NRW-Abschlussveranstaltung in Düsseldorf. Foto: Altengarten/ÄkNo



Verbände am folgenden Tag eine Sitzung im Bundesgesundheitsministerium ab. Die Freie Ärzteschaft (FÄ) stellte gar Strafanzeige gegen Schmidt und den Kölner Bundestagsabgeordneten Professor Dr. Karl Lauterbach. „Der von beiden erhobene Vorwurf, wir würden Patienten in Geiselnahme nehmen, stellt uns auf eine Stufe mit Schwerekriminellem“, so FÄ-Präsident Martin Grauduszus.

**Staatsdirigismus nimmt Überhand**

Worum es bei der aktuellen gesundheitspolitischen Auseinandersetzung im Kern geht, erläuterten Vertreter des NRW-Aktionsbündnisses und der Patienten-Selbsthilfe im Vorfeld des Protesttages in Düsseldorf. „Die Patientenorientierung ist in dieser Reform verloren gegangen. Wir sehen gravierende Mängel in der Versorgung chronisch Kranker und Behinderter“, sagte Dr. Willibert Strunz, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behinderter NRW.



Die Ärztinnen und Ärzte sehen durch den staatsdirigistischen Ansatz der Gesundheitsreform ihre Freiberuflichkeit in akuter Gefahr. Foto: dpa

Nach den derzeitigen Plänen solle die chronische Unterfinanzierung der ambulanten Versorgung zementiert werden, kritisierte der Vorsitzende der Kassenerztlichen Vereinigung Nordrhein, Dr. Leonhard Hansen. „Das gefährdet die Versorgung der Patienten und die wirtschaftliche Existenz vieler Ärzte.“ Ein niedergelassener Arzt erbringe mehr als ein Drittel seiner Leistungen ohne Vergütung. Darüber hinaus würden die geplanten Direktverträge von Krankenkassen mit einzelnen Arztgruppen zu einem „Flickenteppich der unterschiedlichsten Verträge und Programme“ und einer Einschränkung der freien Arztwahl führen, so Hansen. Zudem müsse durch die steigende Einflussnahme staatlicher Stellen auf die Preisgestaltung und den Umfang des ärztlichen Leistungskataloges mit einer wachsenden Bürokratie im Gesundheitswesen gerechnet werden.

**Die vielfältigen Aktionen in den Städten und Kreisen Nordrheins**

haben – zusätzlich zur umfangreichen Berichterstattung auf Bundes- und Landesebene – ein breites Medien-Echo auch in den Lokalteilen der regionalen Zeitungen gefunden. Eine Übersicht über Aktionen und die in den Printmedien erschienenen Beiträge ist auf der Internetseite der Ärztekammer Nordrhein [www.aekno.de](http://www.aekno.de) verfügbar. Darüber hinaus ist eine Auswertung der Printmedien zum Aktionstag auf einer CD verfügbar, die bestellt werden kann bei der Pressestelle der Ärztekammer Nordrhein, Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf, Tel. 0211/4302-1243, Fax 0211/4302-1244, E-Mail [pressestelle@aekno.de](mailto:pressestelle@aekno.de)

Nicht zuletzt wolle sich die Bundesgesundheitsministerin über einen hauptamtlich besetzten Gemeinsamen Bundesausschuss ein „direktes Rationierungsinstrument“ schaffen.

**Reform schafft neue Probleme**

„Diese Reform löst keine Probleme, sie schafft nur neue“, sagte der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Theodor Windhorst. „wird der Entwurf des so genannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes unverändert verabschiedet, wird die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten schlechter, teurer

und unsicherer.“ Die Selbstverwaltung solle zu einer unterstaatlichen Rationierungs- und Zuteilungsmaschine umgebaut werden, das Einnahmeproblem der Gesetzlichen Krankenversicherung bleibe ungelöst. Für die Ärztinnen und Ärzte gehe es auch um das berufliche Selbstverständnis: „Unser ärztliches Handeln soll bestimmt sein von Professionalität und Therapiefreiheit, sie darf nicht noch immer enger in die Umklammerung einer vom Staat beeinflussten Programm- und Weisungsmedizin geraten. Genau das ist aber geplant.“

Tausende von Arbeitsplätzen von Medizinischen und Zahnmedizinischen Fachangestellten stehen bei der Reform auf dem Spiel, sagte Luisa Drehsen, 1. Vorsitzende des Verbandes medizinischer Fachberufe, Landesverband Nordrhein. Vollzeitstellen würden in Teilzeitstellen und Minijobs umgewandelt. „Für unsere Berufe ist die Orientierung an Patientenbedürfnissen von höchster Priorität“, sagte Drehsen, „doch der systematische Entzug der Finanzgrundlagen für die Leistungserbringer bringt uns in eine würdelose Bittstellerposition.“



Die Bürgerinnen und Bürger zeigten sich aufgeschlossen für die Argumente der Gesundheitsberufe. Unser Bild zeigt einen Arztkontakt der besonderen Art auf dem Düsseldorfer Weihnachtsmarkt. Foto: Altengarten/ÄkNo



Die Krankenträger sagen als Reformfolgen die Schließung von Abteilungen und ganzer Häuser sowie Personalabbau voraus. Foto: dpa

### Pflegenotstand in Sicht

In der Pflege sind bereits in den Jahren 2003 bis 2005 bundesweit rund 35.000 Vollkräfte im Pflegebereich abgebaut worden, wie Ludger Risse vom Pflegerat Nordrhein-Westfalen sagte. Darüber hinaus seien wegen der ungesicherten Finanzierungsgrundlage der Kliniken in den vergangenen drei Jahren 20.000 Ausbildungsplätze verloren gegangen. „Der Sparzwang in den Kliniken geht in hohem Maße zu Lasten der größten Berufsgruppe, der Pflegenden“, sagte Risse.

Die geplante Gesundheitsreform werde diesen Trend noch verstärken, dabei steige aber die Zahl der hilfebedürftigen Menschen.

Der weitere Personalabbau aufgrund der Gesundheitsreform werde diesmal auch vor Ärzten nicht Halt machen, sagte Dr. Johannes Kramer, Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen. Er prognostizierte eine weitere Arbeitsverdichtung, die die ärztliche und pflegerische Betreuung der Patienten einschränken wird. Darüber hinaus werde es zu einer Reduzierung von Leistungen oder gar zur Schließung von Abteilungen und ganzer Kliniken kommen.

Den so genannten Sanierungsbeitrag von einem Prozent ihrer Budgets könnten die Krankenhäuser nicht leisten. Allein mit dieser Zwangsabgabe würden den Krankenhäusern bundesweit mehr als 500 Millionen Euro entzogen, davon entfallen mehr als 120 Millionen auf NRW. Hinzu kämen weitere Belastungen der Krankenhäuser, so dass alles in allem eine zusätzliche Belastung von fünf bis sechs Prozent des Budgets eines jeden Hauses anstehe – und dies bei einer Budgetveränderungsrate von 0,28 Prozent.

Steigende Krankenversicherungsbeiträge, sinkende Versorgungssicherheit und wachsende Zuteilungs- und Wartelistenmedizin – so sehen die Folgen der geplanten Reform nach Ansicht von Rudolf Henke aus, dem Vorsitzenden des Marburger Bundes NRW/Rheinland-Pfalz. „Die Bürger spüren, was auf sie zu-

kommt“, sagte Henke. In der Bevölkerung gebe es keine Mehrheit für die derzeitigen Pläne – und Reformen gegen die Bevölkerung seien auf Dauer nicht möglich.

### Bundesländer verlangen Änderungen

Im Vorfeld des Aktionstages ging auch der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann auf Distanz zu dem Gesetzentwurf. „Die jetzt vorliegende Gesetzestext des Bundesgesundheitsministeriums zur Gesundheitsreform muss aus NRW-Sicht dringend überarbeitet werden“, erklärte er Anfang Dezember in Düsseldorf. In diesem Punkt herrsche zwischen den Bundesländern große Einigkeit. „Allein die Tatsache, dass im Gesundheitsausschuss des Bundesrates mehr als 100 Änderungsanträge vorlagen, macht deutlich, dass hier großer Handlungsbedarf für den Bund besteht. Wenn ein funktionierendes Gesundheitssystem sichergestellt werden soll, dann müssen unsere mit großer Mehrheit der Länder beschlossenen Änderungsanträge auch berücksichtigt werden.“

Der so genannte Solidarbeitrag der Krankenhäuser ist aus NRW-Sicht nicht vertretbar. Der Gesundheitsausschuss des Bundesrates hat beschlossen, dass dieser Solidarbeitrag komplett entfallen soll. Aus Laumanns Sicht ist es auch nicht hinzunehmen, dass nach dem Gesetzentwurf in vielen Punkten Mitspracherechte der Länder ausgehebelt werden sollen. So kritisierte er, dass der Bund ohne Mitwirkungsrechte der Länder einen bundeseinheitlichen Beitragssatz festlegen wolle, der große finanzielle Auswirkungen auf Krankenkas-



Bei der Abschlussveranstaltung im Düsseldorfer Haus der Ärzteschaft enthüllte der Kölner Kabarettist Jürgen Becker (l.) – auf unserem Foto vertieft in ein satirisches Fachgespräch mit dem Kölner Psychiater und Theologen Dr. Manfred Lütz – den eigentlichen Grund, warum Ulla Schmidt Gesundheitsministerin ist: „Auf Rheinisch klingen Katastrophen nicht so schlimm.“ Foto: Altengarten/ÄkNo



„Besser Sie können’s selbst.“ – Düsseldorf Medizinstudenten brachten Passanten auf dem Universitätsgelände und in der Innenstadt öffentlichkeitswirksam das Blutabnehmen bei – und wiesen so auf die Negativfolgen der Reform für die Medizinerausbildung hin.

Foto: Altengarten/ÄkNo

sen hat, die wie die Allgemeinen Ortskrankenkassen der Aufsicht der Länder unterliegen.

**Hoppe: Die Messe ist noch nicht gelesen**

Auch Ärztepräsident Jörg-Dietrich Hoppe setzt auf Änderungen der Reform im parlamentarischen Verfahren: „Die Messe ist noch nicht gelesen. In Deutschland ist es üblich, dass das Parlament Gesetze beschließt und nicht die Bundesregierung“, sagte er bei der NRW-Abschlussveranstaltung zum Aktionstag am Abend des 4. Dezember in Düsseldorf. Es sei erkennbar, dass zahlreiche Abgeordnete des Deutschen Bundestages nachdenklich geworden seien. Insgesamt zog er eine positive Bilanz des Aktionstages: „Es ist einmalig in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik, dass bei einem Protest alle Gesundheitsberufe mit an Bord sind, inklusive der Krankenhäuser als Institutionen“, sagte er. Er sei stolz, dass Nordrhein-Westfalen ein Schwerpunkt des Aktionstages gewesen ist.

RhÄ

**Delegierte der Ärztekammer Nordrhein zum 110. Deutschen Ärztetag**

15. – 18. Mai 2007 in Münster (gewählt in der Kammerversammlung am 18. November 2006)

**Fraktion „Marburger Bund“**

**Delegierte**

Bicker, Dr. Heinz Johannes, Duisburg  
 Griebenow, Prof. Dr. Reinhard, Köln  
 Groß, Dr. Christiane, Wuppertal  
 Heep, Dr. Hansjörg, Essen  
 Hülskamp, Dr. Friedrich-Wilhelm, Essen  
 Josten, Dr. Klaus Uwe, Bonn  
 Köhne, Dr. Christian Henner, Aachen  
 Künanz, Birgit, Essen  
 Lange, Dr. Holger, Viersen  
 Merholz, Dr. Erich Theo, Solingen  
 Mitrenga, Dr. Dieter, Köln

**Ersatzdelegierte**

Franzkowiak de Rodriguez, Dr. Martina, Düsseldorf  
 Rehorn, Dr. Wilhelm, Wesel  
 Krakau, Michael, Köln  
 Jostkleigrew, Dr. Franz, Duisburg  
 Birtel, Dr. Werner Richard, Eschweiler  
 Hein-Rusinek, Dr. Ulrike, Düsseldorf  
 Stammel, Dr. Heinz, Bonn  
 Stalman, Dr. Robert, Moers  
 Hoppe, Prof. Dr. Dr. h. c. Jörg-Dietrich, Düren  
 Henke, Rudolf, Aachen

**Fraktion „VoxMed“**

**Delegierte**

Holzborn, Dr. Rainer, Dinslaken  
 Löber-Kraemer, Birgit, Bonn  
 Hutterer, Dr. Frieder Götz, Köln  
 Zimmer, Bernd, Wuppertal  
 Berson, Dr. Arndt, Kempen  
 Antz, Dr. Roswitha, Köln  
 Aden, Dr. Patricia, Essen  
 Kötzle, Rainer, Aachen  
 Schäfer, Dr. Simon Thomas, Mülheim  
 Feldmann, Dr. Hans Uwe, Mülheim

**Ersatzdelegierte**

Eitzenberger-Wollring, Dr. Helga, Mülheim  
 Antz, Dr. Heinrich, Köln  
 Dreyer, Sven Christian, Düsseldorf  
 Friedländer, Dr. Christine, Neuss  
 Heister, Dr. Heiner, Aachen  
 Mecking, Dr. Dirk, Mülheim  
 Neitscher, Friedrich Johannes, Euskirchen  
 Stelzer, Dr. Ansgar, Stolberg

**Fraktion „Freie Selbstverwaltung“**

**Delegierte**

Rütz, Dr. Lothar, Köln  
 Schüller, Dr. Arnold, Neuss  
 Bertram, Prof. Dr. Bernd, Aachen  
 Haus, Angelika, Köln  
 Stagge, Fritz, Essen  
 Hammer, Dr. Michael, Düsseldorf  
 Vesper, Dr. Johannes, Wuppertal  
 Döhmen, Dr. Georg, Mönchengladbach

**Ersatzdelegierte**

Lennartz, Dr. Ernst, Heinsberg  
 Theilmeier, Dr. Arno, Mönchengladbach  
 Stähler, Dr. Erhard, Köln  
 Fischbach, Dr. Thomas, Solingen  
 Heidelberg, Ulrike, Düsseldorf

Bei Ausfall einer/eines Delegierten tritt an deren/dessen Stelle die/der Ersatzdelegierte der jeweiligen Fraktion in der Reihenfolge der Nominierung.